



Auf einer Fläche am Obi-Markt im Wetzlarer Dillfeld (im Hintergrund Dalheim) soll ein Verbrennungskraftwerk entstehen, das Strom für das benachbarte Unternehmen Buderus Edelstahl erzeugt. Die Wetzlarer Stadtverordneten müssen sich erneut mit den Rahmenbedingungen für den Grundstücksverkauf beschäftigen. (Foto: Menz)

# „Grenzwerte präzisieren“

## Parlament soll erneut über Grundstück für Kraftwerk entscheiden

Von Ralph Menz (0 64 41) 95 91 95  
r.menz@mittelhessen.de

**Wetzlar. Das von einigen schon totgesagte Müllverbrennungskraftwerk im Wetzlarer Dillfeld soll weiter gebaut werden. Dies bekräftigte Buderus-Geschäftsführer Karl-Peter Johann. Zu dem Thema hat in dieser Woche eine Gesprächsrunde zwischen Stadt, Buderus und dem möglichen Betreiber RWE stattgefunden. Nach Informationen dieser Zeitung sollen die Wetzlarer Stadtverordneten in den nächsten Wochen einen neuen Vertragsentwurf für den Grundstücksverkauf vorgelegt bekommen, der die Grenzen für den Schadstoffausstoß teils neu formuliert regelt.**

„Es geht weiter wie geplant“, sagte Johann. Buderus Edelstahl möchte mit der Verbrennung von aufbereitetem Müll in Wetzlar Strom erzeugen, um bei der energieintensiven Stahlproduktion und -verarbeitung unabhängiger vom Preisdruck der Konzerne zu werden.

■ **Buderus-Chef Karl-Peter Johann drängt: „Das geht schon zu lange um“**

Jährlich sollen in dem Kraftwerk bis zu 300 000 Tonnen aus Restmüll gewonnener Brennstoff verfeuert werden. Wo der Brennstoff herkommt, ist noch offen. Ursprünglich wollte sich darum der heimische Unternehmer Hermann Hofmann, der den Restmüll des Kreises als Brennstoff (Trockenstabilat) aufbereitet, kümmern. Hofmann ist jedoch vor knapp zwei Monaten aus dem Projekt

ausgestiegen.

Buderus Edelstahl, beziehungsweise der spätere Betreiber, möchte für den Bau des Kraftwerks ein städtisches Grundstück erwerben, das im Dillfeld hinter dem Obi-Markt an das Werksgelände grenzt.

Die Wetzlarer Stadtverordneten hatten in ihrem Grundratsbeschluss zu dem Thema den Verkauf an strenge Grenz-

werte für den Schadstoffausstoß der Anlage geknüpft, die größtenteils unterhalb der gesetzlichen Auflagen liegen, also strenger formuliert sind.

In dem jüngsten Gespräch mit Stadtrat Peter Hauptvogel (FW) und Vertretern von RWE sei es um die Formulierung dieser Grenzwerte gegangen, erklärte Johann. Ziel des neuen Vertragsentwurfes sei es jedoch nicht, an den strengen Auflagen zu rütteln, sondern „präziser zu formulieren – das Niveau steht nicht zur Debatte“. So seien dort Anforderungen an Grenzwerte formuliert, die so technisch überhaupt nicht messbar seien, erklärte Johann. In diesen Punkten müsse der Vertragsentwurf überarbeitet werden.

Wenn es nach Karl-Peter Johann geht, soll der neue Ent-

wurf schon in den kommenden Wochen den Stadtverordneten zur Abstimmung vorgelegt werden. Denn erst wenn sich Buderus, beziehungsweise der Betreiber des Kraftwerks (Johann: „Wir sind mit RWE aber auch mit anderen im Gespräch“) über die Modalitäten des Grundstücksgeschäfts einig sind, könne in das Genehmigungsverfahren für die Anlage eingestiegen werden.

Wann das Verbrennungskraftwerk letztlich gebaut werden kann, sei noch offen, so Johann. „Wie lange das Genehmigungsverfahren dauert, kann jetzt noch keiner abschätzen“, so der Buderus-Geschäftsführer, der auf Fortschritt drängt: „Das geht schon zu lange um.“ Vertragspartner der Stadt für das Grundstück sowie Antragsteller im Genehmigungsverfahren, also Betreiber der Anlage, soll der Partner aus der Strombranche sein, bekräftigte Johann.

Wetzlars Wirtschaftsdezernent Peter Hauptvogel wollte sich auf Nachfrage dieser Zeitung zu dem neuen Vertragsentwurf noch nicht inhaltlich äußern: „Das müssen wir erst intern ordnen und dann den Stadtverordneten vorlegen.“

Hauptvogel steht aber weiterhin hinter den Plänen von Buderus Edelstahl, mit dem Kraftwerk die Energiekosten zu senken und damit den Produktionsstandort Wetzlar zu stärken und sichern.

### Parlament zieht enge Grenzen

Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung hatten im November 2006 alle Fraktionen im Wetzlarer Stadtparlament für die Auflagen im Grundstücksvertrag, die eine Begrenzung des Schadstoffausstoßes erreichen sollen, gestimmt und damit dem Projekt grundsätzlich zugestimmt. Dem Kraftwerksbetreiber wird eine Begrenzung auf zehn Prozent der gesetzlich zulässigen Werte bei

Staub, Schwermetallen, Dioxin und Furanen auferlegt. Sollte das nicht möglich sein – etwa weil der Betreiber sich der Selbstverpflichtung nicht unterwerfen will –, muss das Parlament sich wieder mit dem Thema befassen. Gegen den Bau des Verbrennungskraftwerks kämpft seitdem die Bürgerinitiative „Reine Luft für Wetzlar“, die eine höhere Schadstoffbelastung der Menschen befürchtet. (rm)